

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Amtliche Bekanntmachungen

Universität Potsdam Universität Potsdam

Potsdam, 1.1992 -

I. Rechts- und Verwaltungsvorschriften

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-8294

I. Rechts- und Verwaltungsvorschriften

Erste Satzung zur Änderung der Ordnung für das Magisterstudium Soziologie an der Universität Potsdam

Vom 10. Dezember 2003

Der Fakultätsrat der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam hat auf der Grundlage des § 74 Abs. 1 Nr. 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vom 20. Mai 1999 (GVBl. I S. 129), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juni 2000 (GVBl. I S. 90), am 10. Dezember 2003 folgende Satzung für das Magisterstudium Soziologie erlassen:¹

Artikel 1

Die Ordnung für das Magisterstudium Soziologie an der Universität Potsdam vom 14. Februar 2003 wird wie folgt geändert:

- I. In § 12 Abs. 3 wird folgender neuer Buchstabe h eingefügt: „h) Militärsoziologie“.

Der Text des bisherigen Buchstaben h) wird zu i), wobei die Worte „wie z.B. Militärsoziologie“ gestrichen werden. In Absatz 4 werden die Schwerpunkte „a) bis h)“ ersetzt durch „a) bis i)“.

- II. In § 12 Abs. 4 wird folgender neuer Buchstabe h eingefügt:

h) Militärsoziologie
Militärsoziologie kann im Hauptstudium als erster oder zweiter Studienschwerpunkt studiert werden. Die Lehrangebote in Militärsoziologie werden verantwortlich und durch Mitarbeiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) wahrgenommen. Thematisiert werden sowohl soziologische Probleme der Militärorganisation in ihren modernen Wandlungsprozessen wie das Verhältnis zur umgreifenden Gesellschaft und zu dort stattfindenden sozialen Veränderungsprozessen.

Der Text des bisherigen Buchstaben h) wird zu i), wobei das Wort „Militärsoziologie“ gestrichen wird. Die bisherigen Buchstaben i) und j) werden zu j) und k).

¹ Genehmigt durch den Rektor der Universität Potsdam am 13.02.2004

Artikel 2

Diese Änderungsordnung tritt am Tage nach Ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft.

Prüfungsordnung für das Schwerpunktbereichsstudium im Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Potsdam (Schwerpunktbereichsprüfungsordnung - SBPO)

Vom 13. August 2003

Der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam hat auf der Grundlage des § 74 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Hochschulgesetz – BbgHG) vom 20. Mai 1999 (GVBl. I S. 130), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juni 2000 (GVBl. I S. 90) und des § 4 Satz 1 des Gesetzes über die Juristenausbildung im Land Brandenburg (Brandenburgisches Juristenausbildungsgesetz – BbgJAG) vom 4. Juni 2003 (GVBl. I S. 166), am 13. August 2003 die folgende Schwerpunktbereichsprüfungsordnung erlassen:¹

Übersicht

Teil 1	Allgemeines
§ 1	Geltungsbereich
§ 2	Prüfungsausschuss
§ 3	Aufgaben des Prüfungsausschusses
§ 4	Prüfer
Teil 2	Zulassungsverfahren
§ 5	Zulassungsvoraussetzungen
§ 6	Zulassungsgesuch
§ 7	Entscheidung über die Zulassung
Teil 3	Prüfungsverfahren
§ 8	Prüfungsbestandteile
§ 9	Prüfungszeit
§ 10	Hilfsmittel, Erleichterungen für behinderte Prüfungsteilnehmer
§ 11	Hausarbeit
§ 12	Abgabe und Bewertung der Hausarbeit, Vortrag
§ 13	Klausur
§ 14	Mündliche Prüfung
§ 15	Gesamtnote
§ 16	Unlauteres Verhalten im Prüfungsverfahren
§ 17	Beurkundung des Prüfungshergangs
§ 18	Mängel im Prüfungsverfahren

¹ Genehmigt vom Rektor der Universität Potsdam am 29.10.2003

Teil 4 Besondere Prüfungsbestimmungen für den Schwerpunktbereich „Französisches Recht“

§ 19 Studium und Prüfung im Schwerpunktbereich „Französisches Recht“

Teil 5 Zeugnis, Einsicht in die Prüfungsunterlagen

§ 20 Zeugnis

§ 21 Einsicht in Prüfungsunterlagen

Teil 6 Freiversuch, Wiederholung der Prüfung

§ 22 Freiversuch

§ 23 Wiederholung

Teil 7 In-Kraft-Treten

§ 24 In-Kraft-Treten

Teil 1 Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Prüfungsordnung regelt die Prüfung in den Schwerpunktbereichen (Schwerpunktbereichsprüfung) des Studienganges Rechtswissenschaft an der Universität Potsdam.

(2) Die Schwerpunktbereichsprüfung ist Teil der ersten juristischen Prüfung gem. § 1 Abs. 2 BbgJAG. Zusammen mit der staatlichen Pflichtfachprüfung bildet die Schwerpunktbereichsprüfung die erste juristische Prüfung. Die Schwerpunktbereichsprüfung kann vor der staatlichen Pflichtfachprüfung abgelegt werden.

(3) Ergänzend sind die Vorschriften des Gesetzes über die Juristenausbildung im Land Brandenburg (Brandenburgischen Juristenausbildungsgesetz - BbgJAG) und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen im Land Brandenburg (Brandenburgische Juristenausbildungsordnung - BbgJAO) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

(4) Prüfung und Studium in den Schwerpunktbereichen sind aufeinander abgestimmt. Das Studium in den Schwerpunktbereichen ist in der Studienordnung der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam für den Studiengang Rechtswissenschaften geregelt.

§ 2 Prüfungsausschuss

(1) Die Juristische Fakultät bestellt einen Prüfungsausschuss. Dieser ist für alle Angelegenheiten der Schwerpunktbereichsprüfung zuständig, soweit nicht nach dieser Prüfungsordnung die Zuständigkeit eines anderen Prüfungsorgans begründet ist.

(2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter werden von der Dekanin/vom Dekan der Juristischen Fakultät bestellt.

(3) Der Prüfungsausschuss besteht aus vier Mitgliedern; davon gehören drei der Gruppe Hochschullehrer und eins der Gruppe Wissenschaftliche Mitarbeiter an.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt zwei Jahre. Wiederbestellung ist möglich.

(5) Der Prüfungsausschuss bestimmt aus seinen Mitgliedern, die der Gruppe Hochschullehrer angehören, eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende/einen stellvertretenden Vorsitzenden.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein.

(8) Beschlüsse des Prüfungsausschusses werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst (einfache Mehrheit). Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der/des Vorsitzenden den Ausschlag. In dringenden Angelegenheiten kann die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses allein entscheiden (Eilkompetenz).

§ 3 Aufgaben des Prüfungsausschusses

(1) Der Prüfungsausschuss achtet auf den ordnungsgemäßen Verlauf der Prüfungen. Er berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat über alle das Prüfungswesen betreffenden Angelegenheiten.

(2) Dem Prüfungsausschuss obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Führung der Prüfungsakten
2. Bestellung von Prüferinnen/Prüfern und sachkundigen Beisitzerinnen/Beisitzern
3. Auswahl der schriftlichen Prüfungsaufgaben
4. Bestimmung der Gutachter für Hausarbeiten und Klausuren
5. Besetzung der Prüfungskommissionen für die mündliche Prüfung und Bestimmung der Vorsitzenden
6. Festlegung und Bekanntmachung der Prüfungstermine
7. Festlegung und Bekanntmachung der Fristen für die Anmeldung zur Prüfung
8. Entgegennahme von Zulassungsgesuchen und Entscheidung über die Zulassung zur Prüfung einschließlich der Ladung zu den Prüfungsterminen

9. Bestimmung der zugelassenen Hilfsmittel
10. Entscheidung über Nachteilsausgleiche für behinderte Prüfungsteilnehmer
11. Zuteilung der Hausarbeitsthemen
12. Entgegennahme abgegebener Hausarbeiten
13. Entscheidungen über Verschiebung oder Verlängerung der Bearbeitungszeit
14. Entscheidungen bei verspäteter Abgabe der Hausarbeit
15. Bestimmung der Aufsichtführenden bei den Klausuren
16. Entscheidung über den Ausschluss von der Teilnahme an der Klausur
17. Führung des Kennziffernverzeichnisses
18. Entscheidungen bei Krankheit und anderen Prüfungsverhinderungen die Klausur betreffend
19. Entscheidung über die Zulassung von Zuhörerinnen/Zuhörern bei der mündlichen Prüfung
20. Entscheidungen bei Krankheiten und anderen Prüfungsverhinderungen die mündliche Prüfung betreffend
21. Entscheidungen bei unlauterem Verhalten von Prüfungsteilnehmerinnen / Prüfungsteilnehmern
22. Entscheidungen bei Mängeln im Prüfungsverfahren
23. Erteilung des Prüfungszeugnisses
24. Gewährung von Einsicht in die Prüfungsakten
25. Entscheidungen den Freiversuch betreffend
26. Entscheidungen die Wiederholung der Prüfung betreffend
27. Entscheidungen über Beschwerden
28. Entscheidungen über die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die nicht an der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam erbracht wurden.

(3) Der Prüfungsausschuss kann einem Prüfungsamt die Erledigung einzelner Aufgaben oder ganzer Aufgabenbereiche übertragen.

§ 4 Prüfer

(1) Prüferinnen/Prüfer sind die Professorinnen/Professoren, Honorarprofessorinnen/Honorarprofessoren, Privatdozentinnen/Privatdozenten und Hochschuldozentinnen/ Hochschuldozenten der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam.

(2) Der Prüfungsausschuss kann weitere Personen, die die erste juristische Staatsprüfung bzw. die erste juristische Prüfung oder eine gleichwertige Prüfung bestanden haben, zu Prüferinnen/Prüfern bestellen.

(3) Der Prüfungsausschuss beauftragt im Benehmen mit den Hochschullehrerinnen/Hochschullehrern der Juristischen Fakultät die Prüfer mit der Erstellung von Prüfungsaufgaben und mit der Begutachtung der schriftlichen Prüfungsleistungen. Er bildet

die Prüfungskommissionen für die Durchführung der mündlichen Prüfungen.

(4) Schriftliche Prüfungsleistungen müssen jeweils von zwei Prüferinnen/Prüfern begutachtet und bewertet werden.

(5) Die Prüfungskommissionen für die mündlichen Prüfungen bestehen aus zwei Prüferinnen/Prüfern oder einer Prüferin/einem Prüfer und einer sachkundigen Beisitzerin/einem sachkundigen Beisitzer. Mindestens ein Mitglied der Prüfungskommission muss eine Professorin/ein Professor, eine Honorarprofessorin/ein Honorarprofessor, eine Privatdozentin/ein Privatdozent oder eine Hochschuldozentin/ein Hochschuldozent der Juristischen Fakultät sein. Der Prüfungsausschuss bestimmt für jede Prüfungskommission eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden.

(6) Die Prüferinnen/Prüfer unterliegen der Amtsschwiegenheit.

Teil 2 Zulassungsverfahren

§ 5 Zulassungsvoraussetzungen

(1) Die Zulassung zur Schwerpunktbereichsprüfung setzt voraus, dass die Bewerberin/der Bewerber das Grundstudium der Rechtswissenschaften erfolgreich mit der Zwischenprüfung abgeschlossen und einen Leistungsnachweis in einer Lehrveranstaltung des von ihm gewählten Schwerpunktbereichs erworben hat.

(2) Das Diplôme d'Études Universitaires Générales (DEUG) der Juristischen Fakultät der Universität Paris X wird als Zwischenprüfung im Sinne dieser Ordnung anerkannt.

(3) Andere Leistungen als das Bestehen der Zwischenprüfung werden als Zulassungsvoraussetzung anerkannt, wenn sie nach Art, Umfang, Inhalt und Anforderungen gleichwertig sind. Das gilt auch für Studien- und Prüfungsleistungen, die im Ausland erbracht wurden. Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 6 Zulassungsgesuch

(1) Die Zulassung zur Schwerpunktbereichsprüfung ist bei der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam innerhalb der Meldefrist schriftlich zu beantragen. Mit dem Antrag hat die Bewerberin/der Bewerber zu erklären, welchen Schwerpunktbereich und welchen Wahlbereich sie/er wählt; diese Erklärung ist unwiderruflich. Will die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer von ihrem/seinem Wahlrecht nach § 9 Abs. 2 Satz 4 Gebrauch machen, hat sie/er eine entsprechende

Erklärung abzugeben. Der Nachweis der rechtswissenschaftlichen Fremdsprachenkompetenz (§ 5 a Abs. 2 Satz 2 DRiG) muss spätestens vor dem Ablegen der mündlichen Prüfung erbracht werden.

(2) Die Meldefristen werden zusammen mit den Terminen der schriftlichen Prüfungsteile in fakultätsüblicher Weise bekannt gemacht.

(3) Dem Zulassungsgesuch ist eine beglaubigte Abschrift beizufügen, aus der sich die Erfüllung der Zulassungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 ergibt. Im Fall des § 5 Abs. 2 oder Abs. 3 sind entsprechende Zeugnisse in beglaubigter Abschrift vorzulegen.

(4) Ein bei der Juristischen Fakultät eingereichtes Zulassungsgesuch kann nur bis zum Ablauf des 21. Tages nach dem Ende der Meldefrist zurückgenommen werden.

§ 7 Entscheidung über die Zulassung

(1) Die Entscheidung über die Zulassung ist der Bewerberin/dem Bewerber mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(2) Die Zulassung zur Prüfung ist zu versagen, wenn

- die Bewerberin/der Bewerber vorbehaltlich zugelassener Ausnahmen die in § 5 vorgeschriebene Voraussetzung nicht erfüllt oder die Vorschrift des § 6 nicht beachtet ist; für letzteren Fall können in besonderen Härtefällen Ausnahmen bewilligt werden;
- abzusehen ist, dass gegen die Bewerberin/den Bewerber zur Zeit der schriftlichen oder mündlichen Prüfung Freiheitsentziehung vollzogen werden wird und eine Beurteilung nicht in Betracht kommt;
- ein Prüfungsverfahren bei einem anderen Prüfungsamt im Geltungsbereich des deutschen Richtergesetzes anhängig ist;
- die erste juristische Staatsprüfung, die erste juristische Prüfung oder die Schwerpunktbereichsprüfung endgültig nicht bestanden wurde.

Teil 3 Prüfungsverfahren

§ 8 Prüfungsbestandteile

(1) Die Schwerpunktbereichsprüfung besteht aus zwei schriftlichen Teilen und einem mündlichen Teil.

(2) Die schriftlichen Teile der Schwerpunktbereichsprüfung sind eine Hausarbeit und eine Aufsichtsrbeit (Klausur). Der mündliche Teil der Schwerpunktbereichsprüfung ist ein Prüfungsgespräch.

(3) Prüfungsfächer in allen drei Prüfungsteilen sind die Fächer, die nach Maßgabe der Studienordnung zu dem von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer gewählten Schwerpunktbereich (Pflichtbereich und gewählter Wahlbereich) gehören. Dazu gehören auch Pflichtfächer, die mit dem von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer gewählten Schwerpunktbereich zusammenhängen.

(4) Prüfungsgegenstand darf ein Prüfungsfach nur sein, wenn innerhalb der letzten vier Semester vor dem Prüfungstermin wenigstens eine Lehrveranstaltung zu diesem Fach angeboten worden war. Dazu gehören auch Lehrveranstaltungen, die in förmlicher Kooperation mit Aninstituten und Zentren der Universität Potsdam und mit entsprechenden Einrichtungen und juristischen Fakultäten anderer Universitäten im Land Brandenburg oder in Berlin durchgeführt wurden.

(5) Die einzelnen Leistungen der Schwerpunktbereichsprüfung sind nach Maßgabe der Verordnung der Bundesministerin/des Bundesministers der Justiz über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Staatsprüfung in der jeweils geltenden Fassung zu bewerten².

§ 9 Prüfungszeit

(1) Die Schwerpunktbereichsprüfung wird in jedem Semester einmal durchgeführt. Die Termine werden spätestens drei Monate zuvor in fakultätsüblicher Weise bekannt gemacht.

(2) Die Prüfungsteilnehmerin/Der Prüfungsteilnehmer kann die Prüfungsteile „Hausarbeit“ und „Klausur“ in verschiedenen Semestern ablegen. Sie/Er kann die Reihenfolge dieser Prüfungsteile selbst bestimmen. Als Ablegung des Prüfungsteils „Hausarbeit“ gilt die Abgabe der Hausarbeit. Die mündliche Prüfung ist in jedem Fall der letzte Prü-

² § 1 dieser Verordnung hat folgenden Wortlaut :

„§ 1 Notenstufen und Punktzahlen

Die einzelnen Leistungen der ersten und zweiten Prüfung sind mit einer der folgenden Noten und Punktzahlen zu bewerten :

sehr gut	eine besonders hervorragende Leistung	= 16 bis 18 Punkte
gut	eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung	= 13 bis 15 Punkte
vollbefriedigend	eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung	= 10 bis 12 Punkte
befriedigend	eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht	= 7 bis 9 Punkte
ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht	= 4 bis 6 Punkte
mangelhaft	eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung	= 1 bis 3 Punkte
ungenügend	eine völlig unbrauchbare Leistung	= 0 Punkte

fungsteil und im unmittelbaren Anschluss an den zweiten schriftlichen Prüfungsteil abzulegen.

§ 10 Hilfsmittel, Nachteilsausgleiche für behinderte Prüfungsteilnehmer

(1) Der Prüfungsausschuss bestimmt, welche Hilfsmittel für den schriftlichen und den mündlichen Teil der Schwerpunktbereichsprüfung zulässig sind. Soweit diese Hilfsmittel nicht gestellt werden, haben die Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer sie selbst zu beschaffen.

(2) Der Prüfungsausschuss kann unbeschadet der Regelungen in § 11 Abs. 7 Sätze 2 bis 5, § 12 Abs. 4, § 13 Abs. 2, § 14 Abs. 6 allgemein oder im Einzelfall Nachteilsausgleiche für behinderte Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer festlegen.

§ 11 Hausarbeit

(1) Mit der Hausarbeit soll die Kandidatin/der Kandidat ihre/seine Befähigung zu vertieftem wissenschaftlichen Arbeiten unter Beweis stellen.

(2) Die Hausarbeit besteht in einem Aufsatz zu einem rechtswissenschaftlichen Thema. Fallgutachten sind als Thema der Hausarbeit nicht zugelassen.

(3) Der Prüfungsausschuss teilt der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer das Thema der Hausarbeit zu.

(4) Die Zuteilung des Hausarbeitsthemas erfolgt durch Übergabe eines Aufgabenblatts an die Prüfungsteilnehmerin/den Prüfungsteilnehmer. Das Aufgabenblatt enthält die Bezeichnung des Themas, die Termine für den Beginn der Bearbeitungszeit und für die Abgabe der Hausarbeit, sowie weitere Modalitäten der Abgabe.

(5) Die Hausarbeit ist in deutscher Sprache abzufassen und als Druckversion abzugeben. Abgabe auf Diskette, als E-Mail oder in sonstiger nicht visuell wahrnehmbarer Speicherform ist nicht zulässig. Die Arbeit darf insgesamt einen Umfang von 30 Seiten (eineinhalbzeilig, maximal 56 Anschläge pro Zeile, Schriftgröße 12) nicht überschreiten. Arbeiten, die den vorgeschriebenen Umfang überschreiten, werden hinsichtlich dieses Teiles nicht bewertet.

(6) Die Bearbeitungszeit beträgt sechs Wochen. Kann die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer wegen Krankheit oder anderer Gründe, die sie/er nicht zu vertreten hat, die Hausarbeit nicht innerhalb der Bearbeitungszeit anfertigen, hat sie/er dies unter Angabe der Gründe unverzüglich dem Prüfungsausschuss anzuzeigen. Erfolgt die Anzeige vor der Übergabe des Aufgabenblattes, sind diese

und der Bearbeitungszeitraum zu verschieben. Erfolgt die Anzeige während eines laufenden Bearbeitungszeitraums, kann der Prüfungsausschuss der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer eine angemessene Verlängerung der Bearbeitungszeit gewähren oder den Rücktritt von der Prüfung gestatten.

(7) Die Hausarbeit ist von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer selbständig anzufertigen. Prüfungsteilnehmer mit einer körperlichen Beeinträchtigung dürfen die Assistenz anderer Personen in Anspruch zu nehmen, so weit dies zur Kompensation der Beeinträchtigung erforderlich ist und nicht durch technische Hilfsmittel ersetzt werden kann. Die Assistenz darf über das Vorlesen und Schreiben von Texten nicht hinausgehen. Die Entscheidung über die Zulassung der Assistenz durch andere Personen trifft der Prüfungsausschuss auf Antrag der Prüfungsteilnehmerin/ des Prüfungsteilnehmers. Die Prüfungsteilnehmerin/ Der Prüfungsteilnehmer hat bei Abgabe der Hausarbeit anzugeben, wer ihr/ihm bei der Anfertigung der Arbeit geholfen hat und von welcher Art und wie umfangreich diese war.

§ 12 Abgabe und Bewertung der Hausarbeit, Vortrag

(1) Die Hausarbeit ist zu dem im Aufgabenblatt bezeichneten Termin abzugeben. Eine verspätet abgegebene Hausarbeit wird mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet. Dasselbe gilt, wenn die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer überhaupt keine Hausarbeit abgibt. Im Falle einer verspäteten Abgabe sind die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Brandenburg über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 32 VwVfGBbg) entsprechend anzuwenden. War die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer an der fristgemäßen Abgabe ohne Verschulden verhindert, gilt die Abgabe als nicht verspätet. Auf § 11 Abs. 6 wird verwiesen.

(2) Die Hausarbeit wird von zwei Prüferinnen/Prüfern begutachtet. Eine der Prüferinnen/Einer der Prüfer muss Professorin/Professor, Honorarprofessorin Honorarprofessor oder Dozentin/Dozent der Juristischen Fakultät sein. Weichen die Bewertungen der Gutachterinnen/Gutachter voneinander ab, gilt der Mittelwert.

(3) Die Prüfungsteilnehmerin/ Der Prüfungsteilnehmer hat in einem Seminar – das nicht über 15 Teilnehmer umfassen soll - über die Hausarbeit einen Vortrag von 15 Minuten Dauer mit anschließender Diskussion zu halten. Das Seminar wird von der Prüferin/dem Prüfer geleitet, die/der dem Prüfungsausschuss das von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer bearbeitete Thema vorgeschlagen hat. Die Prüfungsteilnehmerin/ Der

Prüfungsteilnehmer wird nach Abgabe der Hausarbeit über Zeit und Ort seines Vortrags benachrichtigt. Bei dem Vortrag müssen die beiden Gutachterinnen/Gutachter anwesend sein. Im Anschluss an den Vortrag beraten die beiden Gutachterinnen/Gutachter über die Bewertung der Hausarbeit, wobei der Eindruck des Vortrags und der Diskussion zu berücksichtigen ist.

(4) Körperbehinderten Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmern sind im Rahmen der Möglichkeiten die individuellen Nachteilsausgleiche zu gewähren, die zur Kompensation der behinderungsbedingten Nachteile erforderlich sind. Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmern mit einer Behinderung des Hör- oder Sprachvermögens kann die Unterstützung durch eine Gebärdendolmetscherin/einen Gebärdendolmetscher gestattet werden.

(5) Von der Teilnahme an dem Seminar kann eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer ganz oder teilweise ausgeschlossen werden,

1. die/der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung gröblich stört oder zu stören versucht oder
2. an einer Krankheit leidet, die die Gesundheit anderer ernsthaft gefährdet oder den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung ernsthaft beeinträchtigen würde.

In Eilfällen kann die/der Aufsichtführende den Ausschluss und dessen sofortige Vollziehung anordnen. In diesem Fall ist die Angelegenheit unverzüglich nach Beendigung des betroffenen Prüfungsteils dem Prüfungsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

§ 13 Klausur

(1) Die Klausur ist eine schriftliche Arbeit, die unter Aufsicht anzufertigen ist. Die Bearbeitungszeit beträgt fünf Stunden. Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmern, die auf Grund einer körperlichen Beeinträchtigung benachteiligt sind, kann auf Antrag eine angemessene Verlängerung der Bearbeitungszeit gewährt werden.

(2) Soweit eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer wegen einer körperlichen Beeinträchtigung bei der Anfertigung der Klausur auf technische Hilfsmittel oder Assistenz durch eine andere Person angewiesen ist, wird ihr/ihm die Anfertigung der Arbeit in einem eigens dafür eingerichteten Raum gestattet.

(3) Der Prüfungsausschuss teilt der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer vor Anfertigung der Klausur eine Kennziffer zu. Die Aufsicht bei der Anfertigung der Klausur führt eine/ein vom Prüfungsausschuss beauftragte/beauftragter Angehörige/Angehöriger der Juristischen Fakultät.

Die/Der Aufsichtführende fertigt eine Niederschrift über den Prüfungsverlauf an und vermerkt in ihr jede Unregelmäßigkeit.

(4) Von der Teilnahme an der Klausur kann eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, die/der

1. den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung gröblich stört oder zu stören versucht oder
2. an einer Krankheit leidet, die die Gesundheit anderer ernsthaft gefährdet oder den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung ernsthaft beeinträchtigen würde.

In Eilfällen kann die/der Aufsichtführende den Ausschluss und dessen sofortige Vollziehung anordnen. In diesem Fall ist die Angelegenheit unverzüglich nach Beendigung des betroffenen Prüfungsteils dem Prüfungsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

(5) Kann die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer aus Gründen, die sie/er nicht zu vertreten hat, die Klausur nicht innerhalb der festgelegten Bearbeitungszeit anfertigen, hat sie/er dies unter Angabe der Gründe unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder der/dem Aufsichtführenden anzuzeigen. In offensichtlichen Fällen ist die Anzeige entbehrlich. Erkennt der Prüfungsausschuss die von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer vorgetragenen Gründe an, ist der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer die Anfertigung einer Ersatzklausur zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen.

(6) Die Prüfungsteilnehmerin/Der Prüfungsteilnehmer hat die Klausur spätestens bei Ablauf der Bearbeitungsfrist an die Aufsichtführende/den Aufsichtführenden abzugeben. Die Prüfungsteilnehmerin/Der Prüfungsteilnehmer gibt anstelle ihres/seines Namens auf der Prüfungsklausur nur die Kennziffer an. Außer der Kennziffer dürfen die Arbeiten keine sonstigen Hinweise auf die Person der Prüfungsteilnehmerin/des Prüfungsteilnehmers enthalten. Die Verzeichnisse mit den zu den Kennziffern gehörenden Namen sind bis zum Abschluss der Bewertung verschlossen beim Prüfungsausschuss zu verwahren. Gibt die Kandidatin/der Kandidat die Klausur nicht spätestens bei Ablauf der Bearbeitungszeit dem Aufsichtführenden ab und liegt kein Fall des Absatz 6 Satz 1 vor, wird seine Klausur mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet.

(7) Die Klausur wird von zwei Prüferinnen/Prüfern begutachtet. Eine der Prüferinnen/Einer der Prüfer muss eine Professorin/ein Professor, eine Honorarprofessorin/ein Honorarprofessor, eine Privatdozentin/ein Privatdozent oder eine Hochschuldozentin/ein Hochschuldozent der Juristischen Fakultät sein. Weichen die Bewertungen der Gutachter voneinander ab, gilt der Mittelwert.

§ 14 Mündliche Prüfung

- (1) Zur mündlichen Prüfung wird nur zugelassen, wer in den beiden schriftlichen Prüfungsteilen mindestens einen Notendurchschnitt von 3,5 Punkten erzielt hat.
- (2) Die mündliche Prüfung ist in demselben Semester abzulegen, in dem die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer ihren/seinen zweiten schriftlichen Prüfungsteil abgelegt hat. Zwischen der Ladung und dem Termin der mündlichen Prüfung sollen wenigstens zwei Wochen liegen. In der Ladung wird der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer die Zusammensetzung der Prüfungskommission mitgeteilt. Von der Teilnahme an der mündlichen Prüfung ist ausgeschlossen, wer nicht spätestens bis zum Beginn dieses Prüfungsteils seine rechtswissenschaftliche Fremdsprachenkompetenz nachgewiesen hat.
- (3) Zu einer mündlichen Prüfung sollen nicht mehr als vier Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer geladen werden. Die Dauer der mündlichen Prüfung ist so zu bemessen, dass auf jede Prüfungsteilnehmerin/jeden Prüfungsteilnehmer ein Anteil von mindestens 20 und höchstens 30 Minuten entfällt.
- (4) Bleibt eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer der mündlichen Prüfung unentschuldig fern, wird ihr/ihm für diesen Prüfungsteil die Note „ungenügend“ (0 Punkte) zugewiesen. Ist die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer aus Gründen, die sie/er nicht zu vertreten hat, am Erscheinen in der mündlichen Prüfung gehindert, hat sie/er dies unter Angabe der Gründe unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder der/dem Vorsitzenden der Prüfungskommission anzuzeigen.
- (5) Wird die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer nach Beginn der mündlichen Prüfung wegen Krankheit oder aus sonstigen Gründen unfähig, die mündliche Prüfung abzulegen (Prüfungsverhinderung), hat sie/er dies unverzüglich der Prüfungskommission anzuzeigen. In offensichtlichen Fällen ist die Anzeige entbehrlich. Nach Abschluss der mündlichen Prüfung ist die Geltendmachung einer Prüfungsverhinderung nicht mehr möglich.
- (6) Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmern mit einer körperlichen Beeinträchtigung sind auf Antrag im Rahmen der Möglichkeiten individuelle Nachteilsausgleiche zu gewähren, die zur Kompensation der behinderungsbedingten Nachteile erforderlich sind. Prüfungsteilnehmerinnen / Prüfungsteilnehmern mit einer Behinderung des Hör- oder Sprachvermögens kann die Unterstützung durch eine Gebärdendolmetscherin/einen Gebärdendolmetscher gestattet werden.

(7) Der Prüfungsausschuss kann im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Prüfungskommission Studierenden und anderen mit der juristischen Ausbildung oder dem Prüfungswesen befassten Personen der Juristischen Fakultät die Anwesenheit in der Prüfung gestatten. Satz 1 gilt auch für die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse, wenn alle Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer zustimmen.

(8) Über die Prüfungsleistungen in der mündlichen Prüfung wird in Abwesenheit der sonstigen Beteiligten in gemeinsamer Beratung der Mitglieder der Prüfungskommission entschieden. Bei abweichenden Bewertungen gilt der Mittelwert.

§ 15 Gesamtnote

(1) Die Prüfungskommission stellt die Prüfungsgesamtnote fest. Für die Feststellung der Prüfungsgesamtnote wird die auf zwei Dezimalstellen zu errechnende Durchschnittspunktzahl ermittelt. Zu diesem Zweck wird die Endpunktzahl der Hausarbeit mit vier multipliziert und die Endpunktzahl der Klausur und der mündlichen Prüfung jeweils mit drei multipliziert. Die Ergebnisse dieser drei Multiplikationen werden addiert und die Summe wird durch zehn dividiert. Das Ergebnis dieser Division ist die Durchschnittspunktzahl. Dabei wird eine sich ergebende dritte Dezimalstelle nicht berücksichtigt. Die Schwerpunktbereichsprüfung ist bestanden, wenn die errechnete Durchschnittspunktzahl mindestens 4,0 beträgt.

(2) Die Bewertung der mündlichen Prüfungsleistungen und die Gesamtnote der Schwerpunktbereichsprüfung wird nach der Schlussberatung durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden der Prüfungskommission bekannt gegeben und erläutert. Die Prüfungsteilnehmerinnen/Die Prüfungsteilnehmer können eine vertiefende Begründung nur sofort verlangen. Mit der Verkündung der Ergebnisse und deren Begründung ist die Prüfung abgelegt.

§ 16 Unlauteres Verhalten im Prüfungsverfahren

(1) Unternimmt es eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer, das Ergebnis einer schriftlichen Arbeit oder das Ergebnis einer mündlichen Prüfung durch Täuschung, Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, unzulässige Hilfe anderer Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer oder Dritter oder durch Einwirken auf Prüfungsorgane oder auf von diesen mit der Wahrnehmung von Prüfungsangelegenheiten beauftragte Personen zu beeinflussen, so ist diese schriftliche Arbeit oder die mündliche Prüfung mit der Note ‚ungenügend‘ (0 Punkte) zu bewerten. Der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel nach Ausgabe der Prüfungsaufgaben

oder nach Beginn der mündlichen Prüfung steht der Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel gleich, sofern die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer nicht nachweist, dass der Besitz weder auf Vorsatz noch auf Fahrlässigkeit beruht.

(2) In besonders schweren Fällen des Absatz 1 ist die gesamte Prüfung mit der Prüfungsgesamtnote ‚ungenügend‘ (0 Punkte) zu bewerten. Als besonders schwerer Fall ist es in der Regel anzusehen, wenn es eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer unternimmt, das Ergebnis einer schriftlichen Arbeit oder einer mündlichen Prüfung durch Einwirken auf Prüfungsorgane oder auf von diesen mit der Wahrnehmung von Prüfungsangelegenheiten beauftragte Personen zu beeinflussen.

(3) Ist die Prüfung durch die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bereits beendet, so ist in den Fällen des Absatz 1 oder 2 nachträglich das Prüfungsergebnis entsprechend abzuändern oder die Prüfung für nicht bestanden zu erklären. Ein erteiltes Prüfungszeugnis ist einzuziehen und zu vernichten.

(4) Wird festgestellt, dass sich eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer im Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel befindet, so sind die Aufsichtführenden in der schriftlichen Prüfung, die/der Vorsitzende der Prüfungskommission in der mündlichen Prüfung sowie die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und die von diesen Beauftragten befugt, diese Hilfsmittel sicherzustellen. Verhindert die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer eine Sicherstellung oder nimmt sie/er nach Beanstandung eine Veränderung in den Hilfsmitteln vor, so wird die schriftliche Arbeit oder die mündliche Prüfung mit der Note ‚ungenügend‘ (0 Punkte) bewertet. In besonders schweren Fällen gilt Abs. 2.

(5) Entscheidungen nach Absatz 1 und 2, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 3 und 4 trifft der Prüfungsausschuss binnen eines Jahres, nachdem ein Prüfungsorgan oder eine zur Unterstützung bei der Prüfung hinzugezogene Person von dem unlauteren Verhalten Kenntnis erlangt hat, jedoch höchstens bis zum Ablauf von 5 Jahren seit dem Tag der mündlichen Prüfung.

§ 17 Beurkundung des Prüfungshergangs

(1) Über den Prüfungshergang ist eine Niederschrift aufzunehmen, in der festgestellt werden:

- Ort und Tag der Prüfung,
- Zusammensetzung der Prüfungskommission,
- die Namen und die Anwesenheit der Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer,
- die Bewertung der schriftlichen Prüfungsleistungen,
- die Prüfungsfächer (Schwerpunktbereiche), die Gegenstand der mündlichen Prüfung wa-

ren, und die Bewertung der mündlichen Prüfungsleistungen,

- die errechneten Punktwerte für die Gesamtnote oder - soweit erforderlich - für die Prüfungsabschnitte,
- die Entscheidung der Prüfungskommission über das Ergebnis der Prüfung,
- alle sonstigen Entscheidungen der Prüfungskommission, insbesondere Entscheidungen über die Folgen unlauteren Verhaltens,
- die Verkündung der Entscheidungen der Prüfungskommission.

(2) Die Niederschrift ist von der/dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zu unterschreiben.

§ 18 Mängel im Prüfungsverfahren

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die die Chancengleichheit erheblich verletzt haben, so kann der Prüfungsausschuss auf Antrag einer Prüfungsteilnehmerin/eines Prüfungsteilnehmers oder von Amts wegen anordnen, dass von einer bestimmten Prüfungsteilnehmerin / einem bestimmten Prüfungsteilnehmer oder von allen Prüfungsteilnehmerinnen / Prüfungsteilnehmern die Prüfung oder einzelne Teile derselben zu wiederholen sind.

(2) Ein Antrag nach Absatz 1 ist unverzüglich beim Prüfungsausschuss zu stellen. Er darf keine Bedingungen enthalten und kann nicht zurückgenommen werden. Die Geltendmachung ist ausgeschlossen, wenn seit der Erbringung der Prüfungsleistung, die mit dem Mangel behaftet war, ein Monat verstrichen ist.

(3) Ein Jahr nach Abschluss der Prüfung darf der Prüfungsausschuss von Amts wegen Anordnungen nach Absatz 1 nicht mehr treffen.

Teil 4 Besondere Prüfungsbestimmungen für den Schwerpunktbereich „Französisches Recht“

§ 19 Studium und Prüfung im Schwerpunktbereich „Französisches Recht“

(1) Studium und Prüfung im Schwerpunktbereich *Französisches Recht* werden an der Juristischen Fakultät der Universität Paris X nach den dort für das dritte Studienjahr maßgebenden Bestimmungen durchgeführt. Die im dritten Studienjahr an der Universität Paris X erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen werden als universitäre Studien- und Prüfungsleistungen (§ 4 Satz 2 BbgJAG) anerkannt, wenn die „licence en droit“ erworben wird.

(2) Die „licence en droit“ wird als universitäre Schwerpunktbereichsprüfung im Schwerpunktbereich

reich *Französisches Recht* anerkannt. Die in der „licence en droit“ erreichte Punktzahl nach französischer Noten- und Punkteskala wird umgerechnet in die Endpunktzahl der universitären Schwerpunktbereichsprüfung im Schwerpunktbereich *Französisches Recht*.

(3) Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für Studien- und Prüfungsleistungen, die im vierten Studienjahr (*maîtrise en droit*) an der Juristischen Fakultät der Universität Paris X erbracht werden, wenn die „*maîtrise en droit*“ erworben wird.

Teil 5 Zeugnis, Einsicht in die Prüfungsunterlagen

§ 20 Zeugnis

(1) Der Prüfungsausschuss erteilt über das Ergebnis der bestandenen Schwerpunktbereichsprüfung ein Zeugnis. In dem Zeugnis ist die Gesamtnote der Schwerpunktbereichsprüfung mit Notenbezeichnung und Punktwert anzugeben. Auf Antrag wird der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer zusätzlich die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen bescheinigt.

(2) Ist die Schwerpunktbereichsprüfung nicht bestanden, wird dieses Ergebnis der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer schriftlich mitgeteilt.

§ 21 Einsicht in Prüfungsunterlagen

Die Prüfungsteilnehmerin/Der Prüfungsteilnehmer kann auf schriftlichen Antrag Einsicht in ihre/seine Prüfungsunterlagen, insbesondere die Aufsichtsarbeiten und die Gutachten der Prüfer, nehmen. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Zustellung der Prüfungsentscheidung zu stellen. Die Einsichtnahme findet ausschließlich in den Räumen der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam statt. Sie ist nur innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zulässig.

Teil 6 Freiversuch, Wiederholung der Prüfung

§ 22 Freiversuch

Die Vorschriften über den Freiversuch nach § 13 BbgJAO finden entsprechend Anwendung

§ 23 Wiederholung

Ist die Schwerpunktbereichsprüfung nicht bestanden, kann sie einmal wiederholt werden. Die Prüfungsteilnehmerin/Der Prüfungsteilnehmer kann für die Wiederholungsprüfung einen anderen Schwerpunktbereich wählen. Die Meldung zur Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfung ist innerhalb von zwei Jahren nach Bekanntgabe des Ergebnisses der vorangegangenen Prüfung zulässig. Der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen zulassen.

Teil 7 In-Kraft-Treten

§ 24 In-Kraft-Treten

Die Schwerpunktbereichsprüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft.

II. Bekanntmachungen

Neuwahl der Prorektorinnen/Prorektoren der Universität Potsdam

Auf der Sitzung des Senats der Universität Potsdam am 15. Januar 2004 wurden als neue Prorektorinnen/Prorektoren gemäß Artikel 17 Abs. 2 GrundO für eine Amtszeit von drei Jahren (01.02.2004 – 31.12.2006) gewählt:

Frau Prof. Dr. Gerda Haßler (Institut für Romanistik)

Prorektorin für Lehre und Studium

Herr Prof. Dr. Jürgen Rode (Institut f. Sportwissenschaft)

Prorektor für Entwicklungs- und Finanzplanung

Herr Prof. Dr. Harald Fuhr (WiSo-Fakultät)

Prorektor für Wissenstransfer, Innovation, Weiterbildung, Sponsoring und Fundraising

Herr Prof. Dr. Frieder W. Scheller (Institut f. Biochemie und Biologie)

Prorektor für Forschung, wissenschaftlichen Nachwuchs und Technologietransfer

Zusammensetzung des Rektorates

Gemäß § 66 Abs. 2 BbgHG hat der Rektor bestimmt, dass dem Rektorat der Hochschule auch die Dekaninnen und Dekane der Fakultäten angehören. Das Rektorat setzt sich wie folgt zusammen:

Frau Prof. Dr. Gerda Haßler - Prorektorin für Lehre und Studium